

Wie lang ist der Weg zur wahrhaften Liebe auch unter den Fahnen Gottes!

Gottfried Bachl

Warum Teilen schwerfällt

Das Mißverhältnis ist nicht zu übersehen: Als Ende des vergangenen Jahres angesichts zunehmender Versorgungsengpässe in der Sowjetunion zur Unterstützung der dortigen Bevölkerung mit Geld- und Sachspenden aufgerufen wurde, ging durch die Bundesrepublik, vor allem deren wohlhabenden westlichen Teil, eine ungeheure Welle der Hilfsbereitschaft. Gleichzeitig war und ist aber die Bereitschaft der Menschen in den alten Bundesländern, durch höhere Steuern und Abgaben, Subventionskürzungen oder geringere Lohnzuwächse den Aufbau in der ehemaligen DDR zu beschleunigen, ziemlich schwach ausgeprägt, überwiegen Vorbehalte und Widerstände. Zweifellos liegen die beiden Dinge nicht auf einer Ebene, aber gerade deshalb läßt sich der Befund verallgemeinern. Es ist verhältnismäßig leicht, in bestimmten akuten Notsituationen bei entsprechender Unterstützung und Begleitung durch die Medien kurzfristig hohe Spendenbeträge zusammenzubringen und spontane Hilfsbereitschaft wachzurufen. Es fällt aber sehr viel schwerer, politische Entscheidungen durchzusetzen bzw. plausibel zu machen, die – sei es zugunsten der Angleichung der Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland, der Hilfestellungen für das nachkommunistische Mittel- und Osteuropa oder der Überwindung von Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt – in vorhandene Besitzstände eingreifen.

Schuld ist nicht einfach der Materialismus

Warum ist dem so? Eine Antwort kommt nicht nur kirchlichen Kreisen schnell über die Lippen. Daß man sich in unserer Gesellschaft mit dem Teilen so schwertut, daran ist demnach die grassierende *Konsummentalität* schuld. Wurzel allen Übels wäre also der verbreitete Materialismus, der nur auf Geld, Besitz und Lebensstandard schaut und höchstens an Weihnachten oder bei Naturkatastrophen größeren Ausmaßes zur Beruhigung des schlechten Gewissens bzw. zur Komplettierung der Feststimmung eine Spende für gute Zwecke erlaubt. Es liegt

auch nahe, Klagelieder über einem immer narzißtischer werdenden Individualismus anzustimmen, eine Lebenshaltung, die primär um das eigene Wohlbefinden kreist und kein Verständnis für elementare Regeln gesellschaftlicher oder gar internationaler Solidarität aufbringt.

Man sollte sich die Sache allerdings nicht zu leicht machen. Natürlich gibt es in Deutschland (wie in anderen Wohlstandsgesellschaften auch) Formen des Luxuskonsums, des Runs auf teure Statussymbole von der Uhr über das Modellkleid bis zum Auto, die an der sozialen Sensibilität der Betroffenen zweifeln lassen. Aber deswegen sind die (West-)deutschen nicht einfach ein Volk von genußsüchtigen Sybariten, die gemäß der Devise „Nach uns die Sintflut“ und ohne Rücksicht auf Verluste von einem Konsumerlebnis zum anderen jagen. In den Wohlstandskonsum mischen sich vielmehr Ängste, nicht zuletzt im Blick auf die möglichen oder sogar wahrscheinlichen ökologischen Folgen unserer Lebensführung, oder auch sehnsüchtige Beschwörungen vergangener Lebenszusammenhänge, in denen es weniger hektisch zugeht und dafür die mitmenschliche Solidarität noch funktionierte. Die gleichen Illustrierten, die Woche für Woche genau registrieren, welche teuren „lifestyle“-Attribute gerade „in“ oder „out“ sind, veröffentlichen auch reichlich besorgte Berichte über Umweltgefahren oder soziale Mißstände im eigenen Land oder anderswo in der Welt und unterstützen entsprechende Spendenaktionen.

Die Frage nach Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Teilens in einer Wohlstandsgesellschaft läßt sich also nicht mit Hilfe einiger weniger Schlagworte klären. Vorwürfe an die Adresse einzelner, bestimmter Gruppen oder auch der Gesellschaft als ganzer haben wenig Sinn, wenn man sich nicht die *Voraussetzungen* und *Bedingungen* vergegenwärtigt, unter denen in unseren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen geteilt oder auch nicht geteilt wird bzw. werden kann.

Ein erster wichtiger Punkt: Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob Appelle zu tatkräftiger Solidarität und zu großzügigem Teilen mit Benachteiligten in einem Staat ausgesprochen werden, der nur über ein rudimentäres Sy-

stem sozialer Absicherungen verfügt, oder in einem Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat, wie er sich vor allem in Europa entwickelt hat. Der moderne Wohlfahrtsstaat hat das Teilen, das früher einmal vor allem Sache privater oder kirchlicher Mildtätigkeit war, längst institutionalisiert und zu einem komplizierten System von Transferleistungen ausgebaut. Zum „sozialen Netz“ im engeren Sinn kommen erhebliche Subventionen für einzelne Wirtschaftsbereiche, die Arbeitsplätze sichern und strukturelle Nachteile ausgleichen sollen. Der Bürger, den man zum Teilen auffordert, kann also mit Recht darauf verweisen, daß er schon durch seine Steuern und Sozialabgaben die verschiedensten Hilfeleistungen für sozial Schwache finanziert.

Darüber hinaus provoziert gerade ein so gut ausgebautes Sozialsystem wie das der Bundesrepublik oder vergleichbarer europäischer Länder fast zwangsläufig die Frage, ob auf diesem Gebiet inzwischen nicht schon des Guten zuviel getan werde bzw., ob sich manche Sozialleistung nicht eher kontraproduktiv auswirke. Das Thema *Grenzen und Mißbrauch des Sozialstaats* wird nicht nur in wissenschaftlichen Untersuchungen abgehandelt, sondern ist auch im Alltagsbewußtsein durchweg präsent. Praktisch jedermann kennt doch Beispiele für Auswüchse im sozialen Netz oder glaubt sie jedenfalls zu kennen: sei es die Familie, die sich von der Sozialhilfe offenbar mehr leisten kann als der kleine Arbeitnehmer von seinem Verdienst, sei es der Zeitgenosse, der lieber von der Arbeitslosenhilfe lebt, als sich ernsthaft um eine Stelle zu bemühen. Gleich ob es sich im einzelnen um wirklichen Mißbrauch von gesetzlichen Regelungen oder um das rechtlich nicht zu beanstandende Ausnutzen von Schlupflöchern handelt, es ist ein Stück weit nachzuvollziehen, wenn Menschen auf diesem Hintergrund auf Forderungen nach höheren Leistungen zugunsten Schwacher und Bedürftiger skeptisch oder ablehnend reagieren.

Spannung zwischen Eigennutz und Solidarität

Das Problem verschärft sich nochmals bei Hilfeleistungen, die nicht im eigenen Land bleiben, sondern zur Verbesserung der Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt dienen sollen. Es ist schwer, die Menschen zu größeren finanziellen Opfern zugunsten unterentwickelter Länder zu motivieren, wenn gleichzeitig bekannt ist, daß in den letzten Jahrzehnten viele staatliche Entwicklungsgelder in den Sand gesetzt wurden, weil die Voraussetzungen für einen effektiven Einsatz der Mittel in den betreffenden Ländern nicht vorhanden oder die Geber mit den Usancern der Empfänger zu wenig vertraut waren. Warum mehr Hilfe für die Dritte Welt, wenn sie entweder nur der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein ist oder aber die Anstrengungen der Betroffenen zur Verbesserung ihrer Situation eher blockiert als fördert? Solche und ähnliche Fragen (auch im Blick auf Hilfe für Osteuropa) können Ausfluß von Ressentiments sein, aber

auch legitime Reaktionen angesichts gutgemeinter, aber nicht hieb- und stichfest begründeter Appelle zum Teilen. Schließlich macht sich in diesem Zusammenhang eine Spannung bemerkbar, die dem System der sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich inhärent ist. Zum einen gilt in einem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem das Prinzip des Wettbewerbs auf dem Markt: Das System lebt davon, daß das einzelne Wirtschaftssubjekt um größtmögliche Effizienz bemüht ist und seine Marktchancen optimal auszunutzen versucht. Konkurrenz belebt das Geschäft; dementsprechend ist die konsequente Verfolgung des jeweils eigenen Interesses (als einzelner oder als Unternehmen) keine lästige Begleiterscheinung, sondern unerläßlicher Bestandteil einer freien Marktwirtschaft. Gleichzeitig ist das Prinzip des wirtschaftlichen Eigennutzes und Konkurrenzstrebens aber eingebunden in einen politischen Ordnungsrahmen, zu dem die Gemeinwohlverpflichtung, die Hilfe für Schwache und Benachteiligte im eigenen Land sowie die übernationale Solidarität gehören. Das Ausbalancieren dieser beiden Elemente ist ein schwieriges und spannungsreiches Geschäft, wie sich nicht zuletzt bei Auseinandersetzungen um Möglichkeiten und Grenzen des Teilens zeigt. Oft redet man aneinander vorbei: Was für die einen Wahrnehmung legitimer wirtschaftlicher Interessen ist, wird von den anderen als bloße Profitgier ohne Berücksichtigung des Gemeinwohls gesehen.

Es bleibt also die Grundfrage, wie sich in einem demokratischen Staat mit marktwirtschaftlicher Ordnung, ausgebautem Sozialsektor und einem pluralen gesellschaftlichen Interessenspektrum die Notwendigkeit des Teilens zugunsten Benachteiligter begründen läßt, ohne die Eigengesetzlichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu vernachlässigen oder aber die großen Herausforderungen für solidarisches Handeln herabzusetzen. Eine ganz oder weitgehend *utilitaristische Begründung* (etwa nach dem Motto: Wir müssen den neuen Bundesländern jetzt unter die Arme greifen, weil das zu einem neuen Wirtschaftswunder für ganz Deutschland führt; oder: Wir müssen Osteuropa oder der Dritten Welt stärker helfen, weil wir damit die eigenen Marktchancen erhöhen und das unserem Wohlstand zugute kommt) ist zwar verständlich und auch legitim. Sie greift aber zu kurz. Wenn sich der versprochene Effekt der eigenen Hilfsbereitschaft nicht in der erwarteten Zeitspanne oder im prognostizierten Umfang einstellt, kann sie leicht in sich zusammenfallen.

Es genügt aber auch nicht, vor allem auf die unmittelbare *Betroffenheit* der Menschen zu setzen. Solche Betroffenheit sollte man zwar nicht geringschätzen oder von vornherein als bloß emotionale Rührung ohne Tiefgang abqualifizieren. Schockierende Berichte und vor allem Bilder von einer Hungerkatastrophe in Afrika oder vom Elend breiter Bevölkerungsschichten in einem lateinamerikanischen Land können durchaus ein Auslöser sein, der Menschen nicht nur kurzfristig zu einer Spende veranlaßt, sondern sie darüber hinaus auch für die Probleme

von Armut und Unterentwicklung und die eigene Verantwortung ihnen gegenüber sensibler macht. Punktuelle Betroffenheit kann aber ebenso dazu führen, daß andere Notlagen (sei es im eigenen Land, anderswo in Europa oder in Ländern der Dritten Welt), die durch die Medien nicht ins Rampenlicht gerückt werden, weil sie weniger spektakulär sind und sich für entsprechende Kampagnen nicht eignen, kein Interesse finden.

Die Frage nach dem Teilen läßt sich generell nicht auf individuelle, *private Hilfsbereitschaft* reduzieren, so unverzichtbar solche Hilfsbereitschaft gerade angesichts eines hochspezialisierten und professionalisierten Sozialsystems ist. Ein solches System fördert teilweise die Tendenz, die Verantwortung angesichts von Notsituationen in der unmittelbaren Umgebung vorschnell zu delegieren. Demgegenüber ist eine Reaktivierung der Nachbarschaftshilfe, eine Stärkung des sozialen Engagements im jeweiligen Nahbereich dringend geboten. Ebenso sinnvoll und hilfreich können Partnerschaften und Solidaritätsaktionen sein, durch die Gruppen oder Gemeinden im direkten Kontakt mit Betroffenen etwa mit Entwicklungsproblemen vertraut werden und gezielt Hilfe zu leisten versuchen. Aber ohne den entsprechenden politischen Rückhalt und ohne ein dafür günstiges gesellschaftliches Klima hängen solche Initiativen in der Luft.

Entscheidend ist letztlich, wie ernst eine Gesellschaft die *ethischen Grundüberzeugungen* nimmt, auf denen ihre politischen, rechtlichen und sozialen Institutionen und Verfahren beruhen, die in Parteiprogrammen, Regierungserklärungen und Festansprachen herausgestellt werden. In „normalen“ Zeiten, wenn Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung einigermaßen funktionieren und nicht durch besondere Entwicklungen und Ereignisse herausgefordert werden, bleiben die tragenden Grundwerte mehr oder weniger implizit, müssen nicht ständig beschworen und eingefordert werden. Die Probe aufs Exempel kommt erst in Krisen- oder Ausnahmesituationen, sei es eine schwere Wirtschaftskrise, die Verteilungskämpfe provoziert und den sozialen Frieden und das Wohlfahrtsystem in Mitleidenschaft zieht, oder auch ein grundlegender Wechsel der außenpolitischen Konstellation. Unter solchen und ähnlichen Umständen wird die Frage akut, was Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für ein Gemeinwesen wirklich bedeuten, wie sehr sie die konkreten politischen Entscheidungen und das Handeln der gesellschaftlichen Großorganisationen bestimmen.

Das gilt gerade auch für die beiden Ausnahme- bzw. Umbruchsituationen, mit denen die Bundesrepublik derzeit fertig werden muß, die Bewältigung der kommunistischen Erblast und den Aufbau des Rechts- und Sozialstaats und der Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern und die Neubestimmung der Rolle des vereinten Deutschlands in Europa und in der Welt. In beiden Fällen hat sich inzwischen gezeigt, daß es nicht genügt, nach der Parole „business as usual“ zu verfahren und auf den gewohnten Gang der Dinge zu vertrauen. Der Golfkrieg (vgl. ds. Heft S. 104 f.) wirft Grundfragen der deutschen Friedens-, Ver-

teidigungs- und Bündnispolitik auf. Angesichts der Tatsache, daß der bisherige finanzielle und personelle Transfer zugunsten der neuen Bundesländer nicht ausreicht, muß den Bürgern in der alten Bundesrepublik in verstärktem Maß deutlich gemacht werden, daß Teilung wirklich nur durch Teilen überwunden werden kann.

Eine solche Sondersituation bietet durchaus *Chancen*. So könnte sie dazu Anlaß sein, unter der Leitperspektive Solidarität die verschiedensten Besitzstände im wirtschaftlichen und sozialen Bereich kritisch zu durchforsten, um dabei obsolet gewordene Privilegien abzubauen und die wirklich vorrangigen Aufgaben im notwendigen Umfang angehen zu können. Dazu braucht es allerdings zwei entscheidende Voraussetzungen: Es muß offensiv dafür geworben werden, daß sich Solidarität mit den Schwachen und Benachteiligten nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen darf und ihr auch nicht mit gelegentlichen oder regelmäßigen Spenden für gute Zwecke Genüge getan ist, sondern daß das Teilen in diesem elementaren Sinn zu den konstitutiven und unverzichtbaren Grundprinzipien unseres gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens gehört und nicht durch Nützlichkeits- oder Opportunitätsgesichtspunkte ausgehebelt werden darf. Gleichzeitig muß aber mit offenen Karten gespielt werden: Die Erinnerung an das Grundprinzip Solidarität und der Appell zum Teilen dürfen nicht als Allheilmittel ausgegeben werden. Sie ersetzen weder eine kritische Bestandsaufnahme des Systems sozialer Sicherheit mit seinen Stärken und Schwächen noch die offene Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen entwicklungspolitischer Strategien.

Mit den christlichen Pfunden wuchern

Die Kirchen können und dürfen sich beim Thema Teilen nicht heraushalten, schon gar nicht in der *Fastenzeit*, in der sie besonders nachdrücklich zum Verzicht zugunsten Schwacher und Benachteiligter im eigenen Umkreis und in verschiedenen Notstandsgebieten der Welt auffordern. Tätige Solidarität mit dem hilfsbedürftigen Nächsten gehört zum unverzichtbaren Kern der christlichen Botschaft, wie sich besonders nachdrücklich am Gleichnis vom barmherzigen Samariter oder an der Weltgerichtsrede Mt 25 ablesen läßt. Verkündigung und öffentliche Stellungnahmen der Kirche auf diesem Feld gleichen zwar oft einer *Gratwanderung* zwischen dem Appell zum großzügigen Teilen, der den Adressaten überfordert, weil er an den realen gesellschaftlichen Bedingungen dieses Teilens vorbeigeht, und einer Angleichung an die Mechanismen unseres Sozial- und Wirtschaftssystems mit seinen Besitzständen, die den notwendigen kritischen Stachel vermissen läßt. Aber der moderne Sozialstaat ist nicht nur geschichtlich in beträchtlichem Umfang aus christlichen Impulsen und Bewegungen hervorgegangen. Auch heute gehört die Zuwendung zum Nächsten nach dem Vorbild Jesu und im Vertrauen auf die Liebe Gottes zu den entscheidenden Pfunden, mit denen Christen zum Wohl aller wuchern sollen.

Ulrich Rub